

01 - Büro des Oberbürgermeisters

Datum:  
11.01.2017

## **Antrag**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

**Antrag "Einführung der HanseCard für Erwachsene (Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FDP/CDU vom 10.01.2017, eingegangen am 11.01.2017)**

### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
N	24.01.2017	Verwaltungsausschuss
Ö	26.01.2017	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

s. Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FDP/CDU vom 10.01.2017, eingegangen am 11.01.2017

### **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag wird in den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 25,00 €
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle:
  - Produkt / Kostenträger:
  - Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

**Anlage/n:**

Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FDP/CDU vom 10.01.2017, eingegangen am 11.01.2017

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Beschluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

02 - Finanz- und inneres Verwaltungsmanagement

DEZERNAT V

---



Christliche Demokratische Union  
Stadtkoppel 16 - 21337 Lüneburg

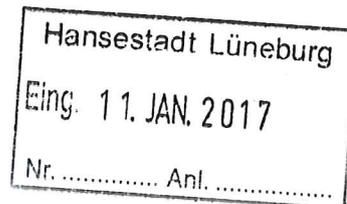
Niels Webersinn  
niels.webersinn@gmx.de  
Tel.: 04131 - 206 09 36

Oberbürgermeister Mädge  
- Rathaus -  
21335 Lüneburg



Bündnis 90/ Die Grünen  
Neue Sülze 4 - 21335 Lüneburg

Ulrich Blanck  
ulrich.blanck@rathaus-aktuell.de  
Tel.: 04131 - 221580



Freie Demokratische Partei  
Konrad-Zuse-Allee 13 - 21337 Lüneburg

Birte Schellmann  
birte.schellmann@fdp-lueneburg.de  
Tel.: 04131-402314

*ORK 2. u. 15,  
11/17*

10.01.2017

*Eingang 11.1.17*

## Antrag zur Sitzung des Rates am 26.01.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,

zur o.a. Ratssitzung stellen wir folgenden Antrag:

### Einführung der HanseCard für Erwachsene

#### Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge folgendes beschließen:

Mit der HanseCard für Erwachsene erhalten Mitbürger\*innen, die im Leistungsbezug nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und WoGG sind und den Mitbürger\*innen, die ein Ehrenamt ausüben, 50 % Rabatt auf Eintritt/Gebühren für die bereits teilnehmenden Einrichtungen in Lüneburg. Die Verwaltung soll Erweiterungsvorschläge zur Beratung vorlegen. Die HanseCard für Erwachsene wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingeführt.

#### Begründung:

Am 24. Januar 2013 beschloss der Rat der Hansestadt, die „HanseCard“ für Jugendliche einzuführen. Diese ermöglicht ca. 3000 Kindern und Jugendlichen im Leistungsbezug und den ehrenamtlich Tätigen gleichermaßen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Diese erfreut sich von Beginn an großer Beliebtheit und wird von Jahr zu Jahr mehr angenommen. Bei der Einführung dieser HanseCard wurde damals seitens der Politik bereits die Absicht geäußert, diese Karte auch für Erwachsene einzuführen. Diese Absicht wollen wir nun umsetzen und stellen deshalb diesen Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

*Niels Webersinn*

Niels Webersinn  
für die CDU

*Ernst Bögershausen*

Ernst Bögershausen  
für Bündnis 90/ Die Grünen

*Birte Schellmann*

Birte Schellmann  
für die FDP

01R

über 05, Dez. V, Dez. II und Dez. I

PS 19.01.17

19.01.17

19.01.17

**Antrag der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen/ FDP/ CDU vom 10.01.17 „Einführung der HanseCard für Erwachsene“**

Die Verwaltung soll Erweiterungsvorschläge zur HanseCard zur Beratung vorlegen. Die HanseCard wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingeführt.

Die Verwaltung nimmt zu diesem Antrag wie folgt Stellung:

Die HanseCard ist ein Angebot der Hansestadt Lüneburg. Gleichwohl handelt es sich um ein Kooperationsprojekt. Den Gemeinden des Landkreises Lüneburg wurde eine Beteiligung an der HanseCard angeboten. Aktuell sind die Gemeinde Adendorf und die Samtgemeinden Gellersen und Osteide an der Maßnahme beteiligt. Diese Gemeinden müssten ebenfalls gefragt werden, ob sie den Kreis der Berechtigten um die Erwachsenen erweitern wollen würden. Ein nach Gemeinden unterschiedlicher Berechtigtenkreis ist aus Sicht der Gemeinde schwer vertretbar und würde für Unmut sorgen. Hinzu kommt, dass es das Verfahren bei den Einrichtungen, die Leistungen für die HanseCard anbieten, verkomplizieren würde. Bisher ist nur von der Samtgemeinde Gellersen bekannt, dass sie die HanseCard gerne auch den Erwachsenen im Ehrenamtsbereich anbieten würde. Das bedeutet also, dass die übrigen Kooperationspartner zunächst gefragt werden sollten, ob sie die HanseCard auch für Erwachsene anbieten wollen. Die Konditionen, die damit verbunden wären, müssten mit den Gemeinden neu verhandelt werden. Ggf. müssten diese sonst auch aus dem Projekt mit der Hansestadt aussteigen. Genauso müssten auch die Einrichtungen, die Leistungen über die HanseCard anbieten, gefragt werden, ob sie mit der Erweiterung des Berechtigtenkreises einverstanden sind und es müssten mit ihnen neue Ausgleichszahlungen verhandelt werden.

Unabhängig davon muss die Stadt erst einmal ermitteln, um wie viele Personen sich der Berechtigtenkreis erweitern würde. Dies ist insbesondere im Bereich der Ehrenamtlichen sowohl für die Stadt also auch für die anderen Kooperationspartner nicht auf Knopfdruck möglich.

Mit der voraussichtlichen, in Betracht kommenden Personenzahl kann erst berechnet werden, mit welchen voraussichtlichen Zusatzkosten zu rechnen ist. Für die Hansestadt würden sich dabei deutlich höhere Kosten ergeben als für die übrigen Kooperationspartner, da die Zahl der Anspruchsberechtigten in der Stadt viel höher ist. Nach einer alten Erhebung aus 2012 wären das allein für die Hansestadt Lüneburg ca. 14.000 Personen gewesen. Inzwischen dürfte sich die Zahl u.a. durch die Flüchtlinge noch weiter erhöht haben. Bisher wurden durchschnittlich 3.500 Karten pro Jahr herausgegeben. Der Nettoaufwand belief sich auf etwa 10.000 € p.a.. Würden – zunächst einmal ausgehend von 14.000

anspruchsberechtigten Erwachsenen - nur die Hälfte einmal im Jahr mit der HanseCard das Theater besuchen und damit eine Ermäßigung von ca. 10 € für den Besuch erhalten, entstünden allein für den Theaterbesuch schon Mehraufwendungen von rd. 70.000 €. Daneben können noch folgende Einrichtungen ermäßigt genutzt werden:

- Sportbad
- Freibad
- Museen (Salzmuseum, Museum Lüneburg, Ostpreußisches Landesmuseum)
- Volkshochschule
- Evangelische Familienbildungsstätte
- Kunstschule Ikarus
- Trägerverein Wasserturm
- Freibad und Eisstadion Adendorf

Nach einer ersten Einschätzung dürfte der Gesamtaufwand allein für die Hansestadt Lüneburg deutlich über 100.000 € p.a. liegen.

Da es sich hierbei um freiwillige Leistungen handelt, sind diese vor dem Hintergrund des Entschuldungsvertrages und der damit verbundenen Deckelung der freiwilligen Leistungen besonders zu bewerten.

**Da der Antrag somit eine sachliche und fachliche Überprüfung und die Bereitstellung von Mitteln erfordert, sollte der Antrag gem. § 9 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg vom 01.11.2016 zur Vorbereitung in den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen werden.**



Bauer

OTR 2. u. V.

eingegangen am  
23.01.17

23/1.

**DIE LINKE.**

FRAKTION  
im Rat der Hansestadt Lüneburg

Michèl Pauly  
Fraktionsvorsitzender  
Altenbrückertorstr. 2  
21335 Lüneburg  
stadtrat@dielinke-lueneburg.de  
www.dielinke-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister  
Den Rat der Hansestadt Lüneburg  
Ochsenmarkt  
21335 Lüneburg

23.01.2017

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg beantragt zur Sitzung des Rates am 26.01.2017 unter Tagesordnungspunkt 7.4 den folgenden Zusatzantrag zur Erweiterung der HanseCard zu beschließen:

### HanseCard als echte Sozialkarte auch für HVV-Zeitkarten

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem HVV und betroffenen Verkehrsunternehmen zu führen, um Inhabern der HanseCard auch die Vergünstigung der Sozialkarte des HVV anzubieten.

#### Begründung

Die Sozialkarte des HVV bedeutet eine Ermäßigung für Zeitkarteninhaber in Höhe von 20,80 EUR pro Monat. Diese wird derzeit jedoch nur Bürgerinnen und Bürgern der Hansestadt Hamburg angeboten. Durch eine Übernahme dieser vorhandenen Sozialkartenregelung für die Lüneburger HanseCard würde eine Zeitkarte für den Bereich des Landkreises Lüneburg (eine Tarifzone) statt 41,40 EUR nurmehr 20,60 EUR pro Monat kosten. Damit läge eine Zeitkarte erstmals knapp im Regelbedarf für Bezieherinnen und Bezieher des SGB II für Verkehr (monatlich knapp 26,00 EUR) so dass Anspruchsberechtigte erstmals den Nahverkehr im Landkreis angemessen in Anspruch nehmen können und ein geringfügiger Betrag für sonstige Mobilitätsanforderungen (z.B. 1x im Monat nach Hamburg per Nahverkehr) für Anspruchsberechtigte verbliebe.

Erwartbaren Mehrausgaben für die Ermäßigung stünden erwartbare Mehreinnahmen durch eine bessere Ausnutzung des Nahverkehrs gegenüber. Diese Kostenvergleiche sollen dem Rat zeitnah zur Entscheidung vorgelegt werden.

Michèl Pauly  
Vorsitzender DIE LINKE. Fraktion  
im Rat der Hansestadt Lüneburg

Rainer Petroll  
DIE LINKE. Fraktion  
im Rat der Hansestadt Lüneburg

01R

über Dez. III und Dez. I

**Zusatzantrag der Fraktion DIE LINKE zu TOP 7.4 der Ratssitzung am 26.01.17 zur Erweiterung der HanseCard für HVV-Zeitkarten**

Die Verwaltung soll beauftragt werden, Gespräche mit dem HVV und betroffenen Verkehrsunternehmen zu führen, um Inhabern der HanseCard auch die Vergünstigung der Sozialkarte des HVV anzubieten.

Die Verwaltung nimmt zu diesem Zusatzantrag wie folgt Stellung:

1. Der HVV gewährt den genannten Preisnachlass von 20,80 € auf Abo-Zeitkarten BewohnerInnen der Hansestadt Hamburg, die Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe nach dem dritten Kapitel des Sozialgesetzbuches XII, Grundsicherung im Alter, Erwerbsminderntenrente bzw. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die vergünstigten Fahrkarten sind an den Service-Stellen des HVV nach Vorlage der Sozialkarte erhältlich. Diese wird dem Berechtigtenkreis an den zuständigen Stellen der Bezirksamter, beim Fachamt Grundsicherung und Soziales oder beim zuständigen Jobcenter ausgestellt.
2. Der Landkreis Lüneburg erstreckt sich über 2 HVV-Tarifringe und umfasst insgesamt 13 Tarifzonen, wobei der Stadtbusverkehr zu einer Tarifzone zusammengefasst wurde. Um aus entfernteren Orten des Landkreises mit dem Bus nach Lüneburg zu gelangen, sind bis zu 4 Tarifzonen zu durchqueren. Die Preise für eine Abo Vollzeitkarte betragen hierzu im Stadtbusverkehr 41,40 € bzw. für die genannten weiteren Distanzen 86,40 € (z.B. von Neu Darchau) im Monat. Die Zuzahlungen für Inhaberinnen einer Hansecard würden im Landkreis Lüneburg also gem. Antrag zwischen 20,60 € und 65,60 € variieren. Bei den in der Stellungnahme vom 19.01.17 zum Antrag der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen/ FDP/ CDU zunächst zugrunde 14.000 Personen als Kreis der Berechtigten würden bei einer Bezuschussung von 20,80 € pro Monat und Zeitkarte im Extremfall (nämlich wenn alle 14.000 Personen dieses Angebot in Anspruch nehmen würden) für die Hansestadt Lüneburg monatliche Mehrkosten i.H.v. 291.200 € und jährlich von 3.5 Mio. € entstehen. Hierbei unberücksichtigt sind noch die Kinder- und Jugendlichen, die bereits jetzt die HanseCard beziehen (außer Ehrenamtsbereich) und damit auch einen Anspruch auf die Sozialkarte des HVV hätten. Welches finanzielle Risiko auf die Stadt zukommen könnte, ist überhaupt nicht absehbar. Es wird auch hier darauf hingewiesen, dass es sich um freiwillige Leistungen handelt, die vor dem Hintergrund des Entschuldungsvertrages und der damit verbundenen Deckelung der freiwilligen Leistungen besonders zu bewerten sind.

3. Hinsichtlich der im Antrag erwähnten erhöhten Auslastung des ÖPNV und der damit verbundenen Mehreinnahmen sei anzumerken, dass nicht abzuschätzen ist, ob bei einem noch zu leistenden Eigenanteil von bis zu 65,60 € für die längeren Busstrecken im Landkreis oder von 20,60 € im Stadtbusverkehr (entsprechend mindestens 10 Busfahrten im Monat), bei Fahrtstrecken die auch mit dem Fahrrad zurückgelegt werden könnten, wie viele Berechtigte überhaupt von dem Angebot der HanseCard Gebrauch machen würden. Die Einnahmen würden auf jeden Fall vollständig in den HVV-Pool fließen und von dort nach einem aufwändigen Einnahmenaufteilungsverfahren an die Aufgabenträger, in diesem Fall dem Landkreis Lüneburg, zurückverteilt werden, während bei der Stadt der komplette Zuschussbetrag je verkaufter vergünstigter Zeitkarte verbleibt.



Bauer